



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Florian Ritter, Diana Stachowitz SPD**

Haushaltsplan 2019/2020;

**hier: Für ein buntes Bayern jetzt – Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt
(Kap. 10 07 neue TG)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 10 07 (Allgemeine Bewilligungen – Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe) wird zur Umsetzung eines Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt eine neue TG geschaffen und mit 250,0 Tsd. Euro für das Jahr 2019 und 500,0 Tsd. Euro für das Jahr 2020 ausgestattet.

Begründung:

Die Lebenssituation von Lesben, Schwulen und transidenten Menschen hat sich in den letzten Jahrzehnten auch in Bayern deutlich verbessert. Meilensteine dieser Entwicklung waren das von der Bundesregierung aus SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Jahr 2001 verabschiedete Gesetz zur eingetragenen Lebenspartnerschaft, die EU-Richtlinie 2000/78 vom November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf und das im Jahr 2007 verabschiedete Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Trotzdem besteht noch in vielen Lebensbereichen deutlicher Verbesserungsbedarf. So hat beispielsweise die parlamentarische Versammlung des Europarats in ihrer Resolution 1.728 im Jahr 2010 die Mitgliedstaaten des Europarats unter anderem dazu aufgefordert, Opfer homophober Gewalt besser zu unterstützen; Lesben, Schwule und transidente Menschen besser vor diskriminierenden Äußerungen zu schützen; die gemeinsame elterliche Verantwortung in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zu unterstützen; Antidiskriminierungsprogramme insbesondere für die Bereiche Polizei, Militär, Erziehungswesen, Medien, Gesundheitswesen und Sportvereine zu entwickeln und umzusetzen.

Im aktuellen Koalitionsvertrag auf Bundesebene ist festgehalten, dass die Koalitionspartner CDU, SPD und CSU „Homosexuellen- und Transfeindlichkeit verurteilen und jeder Diskriminierung entgegenwirken“. Im Koalitionsvertrag zwischen CSU und FREIE WÄHLER wird die Lebenssituation von Lesben, Schwulen und transidenten Menschen gar nicht erwähnt. Dabei ist Bayern mittlerweile das letzte Bundesland, das noch nicht über ein Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt verfügt. Das Landesprogramm soll den Kriterien des Antrags auf Drs. 18/237 entsprechen.